



Einführung: G20-Finanzminister müssen auf Pittsburgh aufbauen 1

Beschäftigung – die höchste Priorität: für die Konjunkturerholung, für Ausstiegsstrategien und für den Wachstumsrahmen der G20 2

Klimawandel: In St. Andrews müssen konkrete Zusagen gemacht werden 3

Eine neue Dynamik für die Reform des Finanzsystems 4

Ein neues Modell schaffen, das die Wirtschaft wieder ins Gleichgewicht bringt und echte Entwicklungsaussichten bietet 7

GEWERKSCHAFTSERKLÄRUNG ANLÄSSLICH DER G20-FINANZMINISTERTAGUNG IN ST. ANDREWS

(7. UND 8. NOVEMBER 2009)

Einführung: G20-Finanzminister müssen auf Pittsburgh aufbauen

- Beim G20-Gipfel in Pittsburgh wurden wichtige Zusagen bezüglich der Fortsetzung von Stimulierungsmaßnahmen und der Priorisierung der Beschäftigung gemacht. In den Wochen danach ist deutlich geworden, dass die großen Volkswirtschaften von einer Konjunkturerholung noch weit entfernt sind und dass die Weltwirtschaft weiterhin fragil ist. Zudem waren die in Pittsburgh erzielten Fortschritte in anderen wichtigen Bereichen begrenzt, wie etwa in Bezug auf Klimawandel, Regulierung der Finanzmärkte, Entwicklung und Reform der Ordnungssysteme. Die Gewerkschaftsbewegung fordert daher die G20-Finanzministertagung in St. Andrews auf:
 - verstärkte fiskalpolitische Stimulierungsmaßnahmen in den G20-Ländern zu ergreifen, mit einem größeren Gewicht auf der Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen und einer Schlüsselrolle für die IAO im G20-Rahmen für ein starkes, nachhaltiges und ausgewogenes Wachstum;
 - umfassende finanzielle Zusagen bezüglich des Klimaschutzes in Entwicklungsländern und Investitionen in grüne Arbeitsplätze zu machen;
 - sich auf einen raschen Zeitplan für eine weitreichende und bessere Regulierung der Finanzmärkte zu verständigen, um dafür zu sorgen, dass Banken und andere Finanzinstitutionen wieder ihrer Hauptaufgabe nachkommen – der Finanzierung der Realwirtschaft;
 - für Gleichgewicht in der globalen Wirtschaft zu sorgen, mit transparenten, rechenschaftspflichtigen und demokratischen Institutionen, offen für einen Dialog mit den Gewerkschaften und anderen Institutionen der Zivilgesellschaft und in der Lage, die Entwicklungsländer vor Krisen und Marktschwankungen zu schützen.

* Erklärung des Internationalen Gewerkschaftsbundes (IGB), der 170 Millionen Beschäftigte in 158 Ländern vertritt, und des Gewerkschaftlichen Beratungsausschusses (TUAC) bei der OECD, der etwa 66 Millionen Beschäftigte in 30 Ländern vertritt

Beschäftigung – die höchste Priorität: für die Konjunkturerholung, für Ausstiegsstrategien und für den Wachstumsrahmen der G20

- 2** Die G20-Länder müssen sich an ihre in Pittsburgh gemachten Zusagen halten und weitere abgestimmte Stimulierungsmaßnahmen ergreifen, „bis sich die globale Wirtschaft wieder völlig erholt hat und hart arbeitende Familien menschenwürdige Arbeitsplätze finden können“ (Präambel, #9). Die Weltwirtschaft befindet sich nach wie vor in einer tiefen Rezession und die Aussichten sind unsicher. Vor diesem Hintergrund muss der den G20-Finanzministern erteilte Auftrag, „gemeinsame und abgestimmte Ausstiegsstrategien zu entwickeln“, um die fiskalpolitischen Stimulierungsmaßnahmen auslaufen zu lassen, warten, bis konkrete Anhaltspunkte für eine Konjunkturerholung in Form von sinkenden Arbeitslosenzahlen vorliegen. Die Finanzminister der G20 müssen sicherstellen, dass die Lasten anschließender Steuererhöhungen gerecht verteilt und nicht nur von denen getragen werden, die bereits jetzt durch niedrigere Löhne und höhere Arbeitslosigkeit dafür aufkommen. Finanziert werden darf dies auch nicht durch den Abbau dringend benötigter sozialer Dienstleistungen.
- 3** Die G20-Finanzministertagung in St. Andrews wurde vom G20-Gipfel in Pittsburgh beauftragt, die Einleitung eines Begutachtungsverfahrens zu beaufsichtigen, das Teil eines neuen „Rahmens für starkes, nachhaltiges und ausgewogenes Wachstum“ sein soll und eine gemeinsame Verantwortung für die Ergreifung solider und miteinander zu vereinbarenden politischer Strategien und „Maßnahmen zur Erreichung unserer gemeinsamen Ziele“ vorsieht (#6). In diesem Zusammenhang wurde dem Internationalen Währungsfonds (IWF) eine bedeutende Rolle zugewiesen, obwohl es keinerlei Hinweise darauf gibt, dass er seine langjährigen orthodoxen politischen Ansätze aufgegeben hat und keine prozyklische Politik mehr vorschreibt. Dies birgt die ernsthafte Gefahr, dass der Rahmen zu einer gefährlichen Zwangsjacke werden könnte, die verhindert, dass die Regierungen wirksame Maßnahmen ergreifen, um Wachstum und Arbeitsplätze zu schaffen sowie eine gut durchdachte Sozialpolitik zu verfolgen. Es ist unerlässlich, dass die Finanzminister der G20 die Notwendigkeit deutlich machen, dass der IWF seine derzeitigen, zu Ungleichheit führenden Strukturanpassungsaufgaben aufgibt und allen Ländern den erforderlichen politischen Spielraum lässt, um wirksame Stimulierungsprogramme zu verfolgen. Sowohl beim IWF als auch bei der Weltbank sind Reformen erforderlich, um eine Öffnung für die Zivilgesellschaft und die Gewerkschaften, einschließlich einer formellen gewerkschaftlichen Beratungsstruktur, sowie eine stärkere Vertretung der Entwicklungsländer in ihren Aufsichtsgremien zu ermöglichen. Außerdem sollten die G20-Finanzminister den IWF und die Weltbank ersuchen, antizyklischen Hilfsprogrammen Priorität einzuräumen, um die Entwicklungsländer bei der Bewältigung der Auswirkungen der Krise zu unterstützen.
- 4** Darüber hinaus muss die IAO als die für die Beschäftigungsaspekte des Begutachtungsverfahrens bezüglich des G20-Rahmens für starkes, nachhaltiges und ausgewogenes Wachstum zuständige Organisation bestimmt werden und nicht der IWF, der über keinerlei Mandat für die Formulierung von Empfehlungen in diesem Bereich verfügt. Die Finanzminister

der G20 müssen Ressourcen für „Konjunkturerholungspläne“ bereitstellen, „die menschenwürdige Arbeit fördern, zur Sicherung von Arbeitsplätzen beitragen und Beschäftigungswachstum Priorität einräumen“ (#43), wie in der Abschlusserklärung der G20 von Pittsburgh gefordert, und sie müssen dafür sorgen, dass der Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen, der Gewährleistung eines angemessenen Sozialschutzes, Schulungsmaßnahmen und Investitionen in die grüne Wirtschaft ein stärkeres Gewicht beigemessen wird. Die Minister sollten zudem bestätigen, dass für die Integration junger Menschen in den Arbeitsmarkt angemessene finanzielle Mittel bereitgestellt werden, da jugendliche Beschäftigte besonders hart von der Krise getroffen wurden.

- 5 Die G20-Arbeitsministertagung, die sich Anfang 2010 mit den Auswirkungen der Krise auf die Beschäftigung befassen soll, muss sorgfältig vorbereitet werden, mittels der Einrichtung einer für Beschäftigungsfragen zuständigen Arbeitsgruppe der G20, die auch für Folgemaßnahmen zuständig wäre. Die Beiträge der Arbeitgeber- und der Arbeitnehmerorganisationen sind bei diesen Diskussionen über Beschäftigung und Konjunkturerholung von entscheidender Bedeutung, und sie müssen sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene umfassend in die Vor- und Nachbereitung der Arbeitsministertagung sowie in das Treffen selbst einbezogen werden. Die Arbeitsminister werden beschäftigungspolitische Berichte der IAO und vor allem den im Juni 2009 verabschiedeten Globalen Pakt der IAO für Beschäftigung berücksichtigen müssen, entsprechend der Erklärung der Staats- und Regierungschefs von Pittsburgh, die ihre Nationen zur Verfolgung der Schlüsselemente seines allgemeinen Rahmens verpflichten, „um die soziale Dimension der Globalisierung voranzubringen“ (#46). An die OECD-Arbeitsministertagung vom 28. und 29. September 2009 müssen sich Folgemaßnahmen anschließen, u.a. durch eine gestärkte Zusammenarbeit zwischen der IAO und der OECD.

Klimawandel: In St. Andrews müssen konkrete Zusagen gemacht werden

- 6 Der G20-Finanzministertagung in St. Andrews wurde von den Staats- und Regierungschefs in Pittsburgh der Auftrag erteilt, eine Reihe von Möglichkeiten für die Finanzierung des Klimaschutzes auszuloten, wobei allerdings nicht mehr viel Zeit bis zur Vertragsstaatenkonferenz (COP15) des Rahmenübereinkommens der Vereinten Nationen über Klimaänderungen im Dezember 2009 in Kopenhagen bleibt.
- 7 Es ist jetzt von entscheidender Bedeutung, dass die Finanzminister der G20 konkrete Zusagen bezüglich der Bereitstellung der Euro 200 Milliarden an öffentlichen Mitteln machen, die für die Unterstützung des Anpassungsprozesses in Entwicklungsländern für den Zeitraum 2013-2017 erforderlich sind, und Maßnahmen ergreifen, um angemessene finanzielle Mittel zur Deckung der Kosten in Industrieländern bereitzustellen, durch Investitionen in die Förderung grüner Arbeitsplätze sowie die Bekräftigung des Konzeptes eines „gerechten Übergangs“, um die Beschäftigten auf dem Weg zu einer „grünen Wirtschaft“ zu schützen. Auf diese Weise können die Finanzminister der G20 den Weg für ein ehrgeiziges Abkommen bei der COP15 ebnen, mit verbindlichen Zusagen für die Reduzierung von

Treibhausgasemissionen (THG-Emissionen) in den Industrieländern und wirksamen Maßnahmen zur Reduzierung oder zum kontrollierten Anstieg von THG-Emissionen in den Entwicklungsländern, um dort eine CO₂-arme Entwicklung in Gang zu bringen.

Eine neue Dynamik für die Reform des Finanzsystems

- 8 Aufbauend auf der vorangegangenen G20-Finanztagung in London hat sich der Pittsburgh-Gipfel zu vier Prioritäten für die Verbesserung des internationalen Systems zur Regulierung der Finanzmärkte verpflichtet: (i) Überarbeitung der Basel-II-Regeln mit höheren Eigenkapitalquoten und strengeren antizyklischen Regeln für Banken; (ii) Stärkung anderer vorsorglicher Regelungen – einschließlich Aufsichts- und Liquiditätsbestimmungen – unter besonderer Berücksichtigung grenzübergreifender Kriseninterventionen bei „systemisch“ wichtigen Institutionen; (iii) verstärkte Börsennotierung bisher nicht börsengehandelter Derivate und höhere Eigenkapitalanforderungen für OTC-Derivate (d.h. solche, die nicht an Börsen gehandelt werden können); und (iv) Ausweitung der zuvor beschlossenen Regeln für die Vergütung von Bankern und Händlern, einschließlich deren Auszahlung in Form von Beteiligungen, verzögerter Auszahlungen, des Verbots von „garantierten Boni“ und des Prinzips, die Bonuszahlungen künftig stärker an den Erfolg eines Unternehmens zu koppeln.
- 9 Einzelnen betrachtet, sind diese Maßnahmen zu begrüßen. Die Finanzminister der G20 sollten sich zu deren wirksamer Umsetzung verpflichten, indem sie sich rasch auf detaillierte Regeln und Bestimmungen verständigen. Zusammen genommen, stellen sie jedoch keine angemessene Reaktion auf die Krise dar. Einige der Maßnahmen bedürfen einer Nachbesserung und Klärung: An Außerbilanzaktivitäten und „nicht standardisierte“ Produkte (auch solche, die nicht an Börsen gehandelt werden) sollten hohe, wenn nicht prohibitive Eigenkapitalanforderungen gestellt werden. Die Finanzminister der G20 sollten sich über den Basel-II-Rahmen hinaus zur Stärkung anderer vorsorglicher Regelungen verpflichten. Vor allem „Disziplinierungsregeln“ für Banken und andere Finanzinstitute sind ein wirksames Instrument zur Verhinderung von verantwortungsloser Risikobereitschaft. Die staatlichen Behörden müssen das Recht haben, Direktoren abzusetzen oder von Bankern beschlossene Boni auszusetzen bzw. im Falle systemischer Gefahren eine Konzernumstrukturierung zu erzwingen. Die öffentliche Rechenschaftspflicht und die Möglichkeiten der Aufsichtsbehörden müssen generell ausgeweitet werden, u.a. durch die Einführung „systemischer Regulatoren“.
- 10 Die G20-Finanzminister müssen sich aber noch mit anderen Fragen befassen. Es bedarf einer Reform der Regulierung privater Kapitalpools (Hedge-Fonds und private Beteiligungsfirmen), um bezüglich der internen Aufsicht und der Rechenschaftspflicht gegenüber Regulatoren, Kommanditisten und anderen interessierten Parteien – einschließlich der Beschäftigten von Portfoliogesellschaften, die von privaten Beteiligungsfirmen erworben wurden – für dieselben Bedingungen wie für andere Vermögensverwalter zu sorgen.

- 11 Die G20-Finanzminister sollten sich ferner dazu verpflichten, die Renten der Beschäftigten vor exzessiven Risiken und unregulierten Märkten zu schützen. Vorfinanzierte Rentensysteme wurden laut jüngsten Berichten der OECD und der Weltbank hart von der Krise getroffen. Reformen, die auf die Verbesserung der Finanzierungsregeln und der Aufsicht für Renten- bzw. Pensionsfonds abzielen, werden begrüßt, aber das Recht der Beschäftigten auf menschenwürdige, angemessene und sichere Renten muss dadurch gestärkt und darf nicht untergraben werden.
- 12 Trotz all der Verpflichtungen der G20 zu einem wirklichen Richtungswechsel bei der Regulierung und Beaufsichtigung der Finanzmärkte in den kommenden beiden Jahren und bezüglich der Verhinderung einer Rückkehr zu den üblichen Geschäftsgepflogenheiten deuten die Fakten der Realwirtschaft darauf hin, dass die Wirklichkeit anders aussieht. Die Finanzminister der G20 dürfen nicht vergessen, dass arbeitende Familien auch ein Jahr nach Beginn der Krise immer noch nicht in dem Maße Zugang zu abgesicherten und erschwinglichen Krediten haben, wie dies der Fall sein sollte, und das trotz der massiven mit Steuergeldern finanzierten Bankenrettungen. Die Banker und ihre Händler behalten das Geld und zahlen sich selbst unvertretbare Boni aus, während der Finanzsektor Profite und Dividenden in Rekordhöhe zu verbuchen hat. Der Notwendigkeit eines erhöhten Schutzes der Privathaushalte vor aggressiven Kreditverkäufern (Predatory Lending) wird unterdessen in vielen G20-Ländern bisher immer noch nicht Rechnung getragen.

KASTEN: WALL-STREET-BONI 2008: WAS MAN DAMIT FINANZIEREN KÖNNTE

Angaben des New Yorker Generalstaatsanwalts Andrew Cuomo¹ zufolge haben die neun größten US-Banken, die zusammen USD 175 Milliarden an staatlicher Unterstützung im Rahmen des Hilfsprogramms „Troubled Asset Relief Program (TARP)“ erhalten haben, ihren Angestellten im Jahr 2008 Boni in Höhe von USD 32,6 Milliarden ausgezahlt. Damit hätte man Folgendes finanzieren können:

1. den Fehlbetrag, um in den 68 Ländern mit niedrigem Einkommen drei Jahre lang eine Grundschulbildung für alle, die Beseitigung des Analphabetentums unter Erwachsenen und eine Kinderbetreuung sowie Bildungsangebote zu ermöglichen²;
2. mehr als die Verdoppelung der offiziellen Entwicklungshilfe der USA im Jahr 2008 auf den OECD-Durchschnitt, d.h. 0,41% des Bruttonationaleinkommens anstatt 0,18% wie bisher³;
3. die Streichung der verbliebenen Schulden aller hoch verschuldeten armen Länder (HIPC)⁴.

- 13 Die Gewährleistung, dass die Banken und andere Finanzinstitutionen wieder ihrer Hauptaufgabe nachkommen und die reale Wirtschaft finanzieren, muss Priorität haben. Zu diesem Zweck sollten sich die

1 <http://www.oag.state.ny.us/media_center/2009/july/july30a_09.html>.

2 <http://www.unesco.org/education/gmr2009/press/efagmr2009_Highlights.pdf>.

3 <<http://www.oecd.org/dataoecd/48/34/42459170.pdf>>.

4 <http://siteresources.worldbank.org/INTDEBTDEPT/Resources/468980-1240603491481/Debt_PocketBroch_Spring09.pdf>.

G20-Finanzminister generell zur Verkleinerung des globalen Finanzsektors verpflichtet. Sie sollten nicht nur verlangen, dass die Banken ihre Verluste uneingeschränkt anerkennen und ihre Bilanzen offenlegen, sondern auch eingestehen, dass globale Konzerne, die unterschiedliche Geschäftsinteressen umfassen (z.B. Einzelhandel, Börsenhandel, Vermögensverwaltung), zu groß sind, um gelenkt oder überwacht zu werden und von daher eine Umstrukturierung oder gegebenenfalls eine Auflösung erfordern. Sie müssen ferner die Forderung der Gewerkschaften nach einer diversifizierteren Finanzdienstleistungslandschaft, einschließlich der Förderung der Sozialfinanzierung (z.B. Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit, Genossenschaften) und öffentlicher Finanzdienstleistungen, Rechnung tragen.

- 14** Der Gipfel von Pittsburgh hat beschlossen, zu prüfen, „welchen fairen und umfassenden Beitrag der Finanzsektor leisten kann, um für mit staatlichen Interventionen zur Rettung der Banken verbundene Belastungen aufzukommen.“ Dies eröffnet im Rahmen der G20 zum ersten Mal offiziell die Möglichkeit einer globalen Steuer auf Finanztransaktionen, die sowohl als Beitrag zur Entwicklung als auch zur Finanzierung der im Zuge der Krisenbekämpfung gemachten staatlichen Schulden verwendet werden muss. Anlass zur Besorgnis gibt jedoch die Tatsache, dass der IWF, der bereits öffentlich Skepsis an der Erwünschtheit einer globalen Steuer geäußert hat, mit der Prüfung dieser Möglichkeit beauftragt wurde. Angesichts ihrer Sachkenntnisse in diesem Bereich sollten die Finanzminister der G20 andere internationale Organisationen wie etwa die UNCTAD und Initiativen wie die Pilotgruppe für innovative Entwicklungsfinanzierung (Leading Group on Innovative Financing for Development), an der 55 Länder beteiligt sind, einbeziehen. Bei der Prüfung dieser Frage muss die Möglichkeit von Steuern auf Devisentransaktionen sowie auf sämtliche Finanztransaktionen umfassend analysiert werden, unter Berücksichtigung unabhängiger Informationen von Wirtschaftsexperten und Wissenschaftlern, die sich mit der Realisierbarkeit derartiger Steuern befasst haben, und unter Zugrundelegung einer Vielzahl unterschiedlicher Steuersätze sowie von Analysen der technischen Durchführbarkeit und der Folgen einer einseitigen Anwendung derartiger Steuern für unterschiedliche Märkte.
- 15** Im Hinblick auf Steueroasen hat der Gipfel von Pittsburgh eine beschleunigte internationale Zusammenarbeit in Bezug auf Steueroasen und „Korrekturmaßnahmen“ für Schattenfinanzplätze ab März 2010 sowie hinsichtlich der Veröffentlichung einer Liste der „Schattenfinanzplätze“ durch die Financial Action Task Force (FATF) der OECD im Kampf gegen Geldwäsche und die Finanzierung terroristischer Aktivitäten bis Februar 2010 beschlossen. Diese Maßnahmen sollten von den G20-Finanzministern bestätigt und weiter ausgefeilt werden, damit alle Länder der Welt ihre Steuerbasis konsolidieren sowie ihre Programme und politischen Strategien zur Krisenbekämpfung finanzieren können.
- 16** Die Pittsburgh-Erklärung der G20 geht auf den illegalen Abfluss von Kapital aus Entwicklungsländern durch den Verweis auf das „Stolen Assets Recovery (StAR)“- Programm der Weltbank ein. Die FATF wird ersucht, „dabei behilflich zu sein, Korruptionserlöse aufzuspüren und von Korruption abzuschrecken, indem der Arbeit zur Stärkung der Normen

Priorität eingeräumt wird.“ Es besteht jedoch die Gefahr, dass dies nicht ausreicht, um das Problem der Kapitalflucht aus Entwicklungsländern in angemessener Weise anzugehen. Unzureichende Besteuerungsverfahren in vielen Ländern, wenig internationale Zusammenarbeit in Steuerfragen, ungenügende internationale Bilanzierungsnormen und nicht ausreichend gerüstete Steuerbehörden sind alles Faktoren, die zur Kapitalflucht aus Entwicklungsländern beitragen. Die Finanzminister der G20 müssen daher weitere Maßnahmen konzipieren, um wirksame Fortschritte in diesem Bereich zu erzielen.

- 17 Bei der Reform der Finanzmarktregulierung ist Transparenz unerlässlich. Es kann nicht darauf vertraut werden, dass die Zentralbanker und die Finanzaufseher, die es versäumt haben, vor der Krise für Finanzstabilität zu sorgen, jetzt dazu in der Lage sind. Dennoch wurde dem Financial Stability Board (FSB), dem für Finanzstabilität zuständigen Gremium, eine bedeutende Rolle bei diesem Prozess und bei der Umsetzung aller vorstehend genannten Maßnahmen der G20 übertragen, obwohl es nach wie vor extrem undurchsichtig ist, die Sitzungen seiner leitenden Organe erst am Sitzungstag selbst bekannt gegeben werden und nur wenige Berichte verfügbar sind. Das FSB muss für eine umfassende öffentliche Prüfung geöffnet werden und die öffentliche Überwachung seiner Angelegenheiten ermöglichen, durch formelle Konsultationsverfahren einschließlich der Gewerkschaften, die Veröffentlichung seiner Dokumente, um Kommentare dazu zu ermöglichen, sowie durch andere Mindestnormen für die demokratische Lenkung von Institutionen.

Ein neues Modell schaffen, das die Wirtschaft wieder ins Gleichgewicht bringt und echte Entwicklungsaussichten bietet

- 18 Die Spitzen der G20 haben beim Gipfel in London erklärt, dass gesellschaftliches Gedeihen und Wohlstand unteilbar sind und dass Wachstum mit anderen geteilt werden muss, wenn es nachhaltig sein soll. Die G20-Finanzminister müssen mit Blick auf die Zukunft erörtern, wie mit der Politik der Vergangenheit gebrochen werden kann, um sicherzustellen, dass nicht so weitergemacht wird wie bisher. Es bedarf eines neuen wirtschaftlichen Entwicklungs- und Wachstumsmodells, das wirtschaftlich effizient, sozial gerecht und ökologisch nachhaltig ist. Dieses Modell muss das Verhältnis zwischen staatlicher Intervention und den Marktkräften in der globalen Wirtschaft, zwischen der Finanz- und der Realwirtschaft, zwischen Arbeit und Kapital, zwischen Ländern mit einem Handelsüberschuss und denen mit einem Handelsdefizit wieder ins Gleichgewicht bringen. Industrie- und Entwicklungsländer müssen dieselben Möglichkeiten haben, ohne dass eine bestimmte Politik vorgeschrieben wird. Vor allem muss der Art von Politik ein Ende gesetzt werden, die in den letzten beiden Jahrzehnten zu massiver Ungleichheit zwischen und innerhalb von einzelnen Ländern geführt hat und die der derzeitigen globalen Krise zugrunde liegt. Dies müssen der IWF, die OECD und andere Organisationen mit einer wichtigen wirtschaftlichen Aufsichtsfunktion erkennen.
- 19 Eine gerechtere Umverteilung des Wohlstandes ist der einzige nachhaltige Weg aus dieser Krise – und die einzige Möglichkeit, um das Vertrauen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in das Wirtschafts- und Finanz-

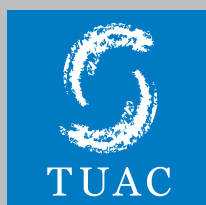
system wiederherzustellen. Dies erfordert eine progressive Steuerreform. Gleichzeitig erfordert die Ungleichheit zwischen den Geschlechtern und zwischen den Generationen Aufmerksamkeit. Die Finanzminister der G20 müssen Mittel für dringende Maßnahmen bewilligen, damit sowohl etwas gegen die Ungleichheit der Geschlechter (geschlechtsspezifische Lohn- und Gehaltsunterschiede, ungleicher Zugang zu Rentenleistungen, Fragen des Mutterschutzes, Kinderbetreuungsangebot usw.) als auch gegen die zunehmende Jugendarbeitslosigkeit unternommen werden kann.

- 20** In Pittsburgh gab es nur vage Verweise auf die Entwicklungshilfe. Es hieß lediglich, dass man sein Möglichstes tun werde, wobei die Möglichkeit erwähnt wurde, „den Nutzen einer neuen Krisenfazilität zu prüfen“, die die Weltbank neben ihrer neuen Initiative für Ernährungssicherheit einführen werde. Neue Ressourcen für den IWF wurden jedoch nicht erwähnt, und bezüglich der Rückführung von SZR-Mitteln von Ländern, die sie nicht benötigen, wurden keine Zusagen gemacht. Die Finanzminister der G20 müssen dieses Defizit jetzt korrigieren und erheblich mehr Unterstützung für expansive Konjunkturerholungsprogramme in Entwicklungsländern zusagen, einschließlich zusätzlicher Mittel für Entwicklungsländer mit niedrigem Einkommen, die kaum von den beim Londoner G20-Gipfel beschlossenen zusätzlichen IWF-Ressourcen profitiert haben. Sie müssen der Frage der Ernährungsunsicherheit, von der weltweit mehr als eine Milliarde Menschen bedroht sind, angemessene Priorität beimessen, genügend Ressourcen zur Verfügung stellen und die Rolle der für diesen Bereich relevanten UN-Sonderorganisationen stärken.
- 21** Die G20 hat selbst eingeräumt, dass sie Beziehungen zu Ländern knüpfen müsse, die nicht der G20 angehören: „Wichtige Akteure müssen mit am Tisch sitzen und umfassend in unsere Institutionen eingebunden werden“ (Präambel, #18). Es ist wichtig, dass auch die Finanzminister der G20 diese Notwendigkeit anerkennen und vorschlagen, Verbindungen zwischen den Folgeverfahren der G20 und denen der Vereinten Nationen herzustellen, und zwar über die Offene Arbeitsgruppe der UN-Generalversammlung zur Frage der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise und deren Auswirkungen auf die Entwicklung. Die Arbeit der Offenen Arbeitsgruppe bei den UN sollte unterstützt werden, mit dem Ziel, eine neue Finanzarchitektur aufzubauen, die die Entwicklungsländer besser vor Krisen und Marktschwankungen schützt.
- 22** Die G20-Finanzminister treffen sich nur drei Wochen vor der 7. Ministerkonferenz der Welthandelsorganisation (WTO), die vom 30. November – 2. Dezember 2009 in Genf stattfindet. Sie sollten dazu aufrufen, die Doha-Entwicklungsagenda der WTO zu einer wirklichen Entwicklungsrunde zu machen, die die Schaffung menschenwürdiger Arbeit sowohl in Industrie- als auch in Entwicklungsländern unterstützt. Die G20 muss erkennen, wie wichtig es ist, durch aktive staatliche Interventionen für einen Strukturwandel zu sorgen, um sozial gerechte und entwicklungsfreundliche Veränderungen in Betrieben, Branchen, Regionen sowie auf den Arbeitsmärkten herbeizuführen.
- 23** Bezüglich der weiteren Arbeit an der beim Gipfel in Pittsburgh in Auftrag gegebenen G20-Charta für nachhaltiges Wirtschaften sollten die Finanzminister der G20 schließlich eine Charta in der von Bundeskanzlerin

Merkel vorgeschlagenen Form befürworten, eine Charta, die die IAO-Normen und die vollständige Agenda der IAO für menschenwürdige Arbeit als Kernstück beinhaltet, da sie die Achtung der Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer garantieren und der Schlüssel zu einer fairen Gesellschaft sind, in der der Wohlstand gerecht verteilt ist. Die Charta darf sich aber nicht darauf beschränken, lediglich Garantien auf dem Papier zu geben; sie muss auch ein wirksames Umsetzungsverfahren beinhalten.



ITUC CSI IGB



**GEWERKSCHAFTSERKLÄRUNG
ANLÄSSLICH DER G20-
FINANZMINISTERTAGUNG
IN ST. ANDREWS**

(7. UND 8. NOVEMBER 2009)